

16. Mai 1963

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XVIII/93

Bonn, den 16. Mai 1963

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Auf den Geist kommt es an!</u> Der deutsch-französische Vertrag	42
2 - 2a	<u>Das Fallbeil</u> Zur Verabschiedung des Bundeshaushalts Von Heinrich G. Ritzel, MdB	69
3 - 5	<u>Bildschirm und Pressefreiheit</u> Grundsätzliche Bemerkungen zum "Fall Paczensky" Von Franz Barsig	125
6 - 7	<u>Grundsatzfragen und Rundfunkfragen</u> Der "Gesamtdeutsche Rat" fordert mehr Sachlichkeit Von Dr. h.c. Wenzel Jaksch, MdB	55
7	<u>Fernöstliche Rivalitäten</u> Indonesien - von Moskau und Peking umworben	28

Chefredakteur Günter Markscheffel

Auf den Geist kommt es an !

Der deutsch-französische Vertrag

G.M. - Der deutsch-französische Vertrag ist nun von allen im Bundestag vertretenen Parteien gebilligt worden. Es ist gut, daß dieser Vertrag eine so überzeugende Mehrheit gefunden hat, und es bleibt zu hoffen, daß auch die von allen Rednern im Parlament geäußerten Wünsche in der politischen Praxis ihren Niederschlag finden werden.

Herbert Wehner erinnerte noch einmal an die Bedenken, die zu Beginn der Vertragsverhandlungen auch von Vertretern der Regierungsparteien bezüglich der Möglichkeit geäußert wurden, Sondervereinbarungen zwischen Paris und Bonn könnten die übrigen, von der Bundesrepublik eingegangenen Vertragsverpflichtungen stören. Nachdem man sich jedoch im Auswärtigen Ausschuß des Bundestages eindeutig zu der Fortsetzung und Intensivierung der *g e s a m t* europäischen und atlantischen Politik bekannt und dies auch einstimmig in der Präambel zum deutsch-französischen Vertrag festgelegt hatte, war der Weg frei für die vorbehaltlose Zustimmung.

Aber auch jetzt noch wird es darauf ankommen, wie überzeugend die Bundesrepublik und ihr französischer Vertragspartner für *g e s a m t* europa arbeiten werden. Trotz aller Schwierigkeiten bedeutet dies die Fortsetzung der Bemühungen um die Aufnahme Großbritanniens in die EWG sowie die Einbeziehung Englands in die politische Union Europas von Anfang an.

Der Schwerpunkt der Politik zur Erfüllung des deutsch-französischen Vertrages liegt also nicht nur im Wortlaut, sondern vielmehr im Geist, mit dem der Vertrag - wie es seine Präambel sagt - in den Rahmen der *g e s a m t* europäischen u n d atlantischer Gemeinschaftsverpflichtungen eingefügt wird.

Unabhängig von allen diesen Überlegungen, die zweifellos immer wieder angestellt werden müssen, um freudige Gefühle über ein großes Ereignis mit den Realitäten der Politik in den richtigen Einklang zu bringen, können sich das französische und das deutsche Volk jetzt gemeinsam daran erinnern, daß sich die besten Geister *b e i d e r* Völker schon vor Jahrzehnten für die deutsch-französische Aussöhnung eingesetzt haben. Oft wurden sie hierfür auf *b e i d e n* Seiten als "Vaterlandsverräter" gebrandmarkt. Sie haben trotzdem ihr großes Ziel weiter verfolgt.

Für die Opfer, die sie auf dem Wege zum jetzt erreichten Ziel erbrachten, sind wir ihnen allen Dank schuldig. Wenn wir Deutschen in diesen Tagen die Gewissheit haben können, daß unsere französischen Freunde, ebenso wie wir, nicht nur die Bundesrepublik als "Deutschland" betrachten, sondern mit uns gemeinsam auch an jene Deutschen denken, die jenseits der Schandmauer und der Zonengrenze auf die Erfüllung auch ihres europäischen Schicksals warten, dann wäre der heutige Tag wirklich das, was ein Jean Jaurès, ein August Bebel und später ein Aristide Briand und ein Gustav Stresemann wollten.

Das Fallbeil

Zur Verabschiedung des Bundeshaushalts

Von Heinrich G. Ritzel, MdB

Die Etatberatung 1963 ist zu Ende und man könnte auch sagen, vorläufig zu Ende, aber was nachkommt, ist doch keine echte Etatberatung mehr. Der Etat schließt mit einer Einnahmeerwartung durch Änderung des Verteilungsschlüssels bei der Einkommen- und Körperschaftssteuer von rund zwei Milliarden DM. Die Länder ließen sich bis jetzt von der Bundesregierung nicht überzeugen, daß eine solche Forderung berechtigt sei.

Die Etatberatung im Deutschen Bundestag offenbarte verschiedene bedauerliche Tatsachen. Da ist einmal festzustellen, daß die gegenseitigen Bewertungen von gewichtigen Zahlenangaben der Bundesregierung durch die Länderregierungen und umgekehrt eine erstaunliche Unsicherheit, ja Unglaubwürdigkeit in die Debatte trugen. Da ist zu bedauern, daß die eigentliche Sinnggebung des Parlaments, mit Gründen zu argumentieren und sich gegenseitig zu überzeugen, durch das Fallbeil vorgefaßter Meinungen und promptes Funktionieren des Mehrheitsmechanismus illusorisch gemacht wurde. Da ist festzustellen, daß von höchster Verantwortung getragene Vorschläge einer unbequemen Opposition mit einer Handbewegung abgetan wurden. Da ist zu beklagen, daß bei der CDU/CSU und FDP nicht einmal der Mut dazu vorhanden war, sich mit den Vorschlägen ernsthaft auseinanderzusetzen, die von der sozialdemokratischen Opposition im Interesse steuerlicher Gerechtigkeit gemacht wurden, mit Vorschlägen, die auch von klugen Köpfen innerhalb der Regierungskoalition geteilt werden, die sich aber nicht durchzusetzen vermochten.

Erschreckende Kurzsichtigkeit

In erschreckender Enge und Kurzsichtigkeit, mit Scheinargumenten und schließlich durch Presseveröffentlichungen mit Entstellungen und falschen Eindrücken wurde eine Etatberatung zu Ende geführt, die nicht die Lösung brennender Probleme eines echten Etatausgleichs, einer gerechten Steuerverteilung brachte und erst recht keine echten Ansätze für eine Finanzreform zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Die Sozialdemokraten haben seit bald zehn Jahren vergeblich an der Tatsache Kritik geübt, daß dem Steuerzahler vom Bund und durch die Riesensumme indirekter Steuern Leistungen abgefordert werden, die es dem Bund erlauben, zu Lasten der jetzigen Steuerzahlergeneration Vermögen

zu erwerben. Gegen die Höhe der Steuern wäre dann nichts einzuwenden gewesen, wenn der Bund und die ihn regierende Mehrheit den Willen gehabt hätten, aus dem Steuerrückfluß vieler Jahre den Gemeinden zu helfen, aber das Gegenteil geschah. Während der Bund Jahr um Jahr Milliarden an Steuern vereinnahmte, Vermögen schuf, mußten die Gemeinden Schulden machen. Der heutige Schuldenstand der Gemeinden beträgt rund 18 Milliarden DM.

Vorschläge der SPD

In dieser Situation haben die Sozialdemokraten auch im Hinblick auf kritisch zu betrachtende Bundesleistungen für andere Zwecke den gewissenhaft geprüften und sehr ernst gemeinten Vorschlag gemacht, mit diesem System der Finanzierung vermögenswirksamer Ausgaben des Bundes durch Steuerleistungen eines Jahres endlich aufzuhören. Die Sozialdemokraten haben verlangt, daß vermögenswerbende Ausgaben in den außerordentlichen Haushalt des Bundes, also dorthin verwiesen werden sollen, wohin sie nach Recht und Gesetz und ihrer Natur nach gehören. Ihre Finanzierung könnte dann nur erfolgen, wenn es dem Bund gelänge, entsprechende Kapitalien aufzunehmen. Das würde praktisch bedeuten, daß der Bund auf Steuereinnahmen verzichten könnte, die wiederum den Gemeinden zugute kämen, denn was die Länder an den Bund abgeben, fehlt den Gemeinden. Das würde auch bedeuten, daß der Bund vermögenswirksame Ausgaben - wenigstens zu einem Teil - und zwar etwa in Höhe von einer Milliarde DM nur dann verausgaben könnte, wenn er in gleicher Höhe auf dem Kapitalmarkt ankäme. Wäre das nicht möglich, dann müßte der Bund entsprechende Ausgaben unterlassen, also einen Sparvorgang einschlagen, der unserer Wirtschaft und unseren Steuerzahlern nur zugute kommen könnte.

Die Folgen werden sich zeigen

Die wohl begründeten Vorschläge der Sozialdemokraten erschienen in dem größten Teil der Presse lediglich als das Verlangen der SPD, auf einen höheren als 38 prozentigen Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu verzichten und dafür Schulden zu machen. Das ist eine durch Unterlassung wahrheitsgemäßer Darstellungen erzeugte Unklarheit: Die Sozialdemokraten wollen danach nur, daß sich der Bund verschuldet. Von der Entlastung des Steuerzahlers ist keine Rede. Bei einem fast 68 000 Millionen betragenden Etat haben die Sozialdemokraten Abänderungsanträge im Werte von 150 Millionen DM gestellt. Alle Anträge wurden abgelehnt. Eine echte Auseinandersetzung über die Argumente der SPD kam nicht zustande. Einsparungsvorschläge wurden ebenso wenig debattiert. Das Fallbeil der Mehrheit funktionierte ausgezeichnet. Die Folgen werden sich zeigen.

Bildschirm und Pressefreiheit

Grundsätzliche Bemerkungen zum "Fall Paczensky"

Von Franz Barsig

Nichts wäre gefährlicher, als wenn der Streit, der gegenwärtig um den Leiter der Panorama-Redaktion, Herrn von Paczensky, tobt, als eine Auseinandersetzung zwischen CDU/CSU und SPD enden würde. Der SPD gehört Herr von Paczensky nicht an, sie vertritt nicht seine Ansichten, im Gegenteil. Sie sagt offen, daß sie mit manchem, was er vertritt, auch nicht einverstanden ist, aber sie meint, daß hier das Recht der freien Meinungsäußerung in Gefahr geraten ist. Für sie ist der Maßstab ihres Verhaltens ausschließlich der Artikel 5 des Grundgesetzes, der im Satz 2 bestimmt:

"Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Das Fernsehen wird in diesem Artikel nicht ausdrücklich erwähnt, da zum Zeitpunkt der Beschlußfassung des Grundgesetzes es dieses Medium in der Bundesrepublik noch nicht gab, doch dürfte wohl niemand auf die Idee kommen, ihm den Schutz des Artikels 5 des Grundgesetzes zu verweigern, ganz abgesehen davon, daß es auch den Satz 1 in diesem Artikel gibt, der das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und sie zu verbreiten, garantiert.

Bedenkliche Entwicklung

Nun bahnt sich allerdings in der Bundesrepublik eine bedenkliche Entwicklung an, die dieses Recht zweiteilen möchte. Die CDU/CSU ist in den letzten Jahren fast in allen Leitartikeln, die in der deutschen Presse erschienen sind, wegen ihres Verhaltens oder wegen des Verhaltens der Bundesregierung scharf kritisiert worden. Es hat in der Öffentlichkeit nicht einen einzigen flammenden Protest gegen solche Kommentare gegeben, obwohl die CDU/CSU auch auf diesem Gebiet sehr hemdsärmelig ist und versucht, ihr unliebsame Journalisten bei Chefredakteuren, Verlegern und sogar potenten Inserenten (hier auf dem Wege des Rückstoßverfahrens) anzuschwärzen.

Anders verfährt sie bei Rundfunk und Fernsehen. Seit fast einem Jahr ereignen sich in allen Rundfunkanstalten Vorgänge, bei denen die CDU/CSU über ihre Vertreter in den Aufsichtsgremien versucht, nicht genehme Journalisten "abzuschießen" oder zumindest unter Druck zu setzen. Arguentiert wird immer damit, daß Rundfunk und Fernsehen eine höhere Verantwortung tragen, in Wirklichkeit aber geht es der CDU/CSU darum, kritische Bemerkungen oder Darstellungen nicht an eine größere Zuhörer- oder Zuschauerschaft herankommen zu lassen.

Journalistische Verantwortung ist nicht teilbar

Journalistische Verantwortung jedenfalls ist nicht teilbar. Der Verfasser eines Kommentars in einer Kreiszeitung mit vielleicht 5.000 Auflage ist nämlich denselben Gesetzen journalistischer Fairness, korrekter Berichterstattung, aber auch freier Meinungsäußerung unterworfen, wie der Redakteur einer Fernsehsendung, die fünf oder sechs Millionen Menschen erreicht. Man würde einen gefährlichen Weg beschreiten, wenn man einen Journalistenstand etablieren wollte, der eine mindere Verantwortung trägt und, einen anderen, dessen Gewissen besonders geschärft sein müßte. Eine solche Klasseneinteilung darf es nicht geben, wenn nicht der ganze Berufsstand Schaden leiden soll.

Die CDU/CSU hat bei den laufenden Auseinandersetzungen unglücklich operiert und zum Schluß sogar die Katze aus dem Sack gelassen. Das Argument, Herr von Paczensky sei zur Leitung einer Redaktion nicht fähig, wurde aufgegeben; um was es der CDU/CSU wirklich geht, das ist das, was Herr Rasner als "Proporz" bezeichnete, ein Zustand, den die gleiche CDU im Hinblick auf österreichische Verhältnisse scharf ablehnt und was in der Bundesrepublik nicht etwa gleichwertige Vertretung der tragenden politischen Parteien, sondern Verstärkung des Übergewichtes der CDU/CSU bedeuten würde.

Was soll das Geschrei ?

In diesem Dienst ist schon einmal darauf hingewiesen worden, daß die CDU/CSU von den zwölf Rundfunk- und Fernsehanstalten in der Bundesrepublik sieben in Händen hat, zwei mit Persönlichkeiten besetzt sind, die der CDU nicht fernstehen, während die SPD die Intendanten nur in zwei kleinen regionalen Anstalten und in einem größeren Sender stellt. Aber diese Zahlenuntersuchung führt nur dann zu dem richtigen Schluß, wenn man auch weiß, daß die SPD von den Programmdirektoren und Chefredakteuren ganze drei stellt, die ihr nahestehen, während 18 der CDU/CSU nahestehen oder ihr angehören.

Was soll also das Geschrei? Will sich die CDU/CSU in den Rundfunk- und Fernsehanstalten noch breiter machen? Schon das würde Geist und Sinn aller gesetzlichen Bestimmungen widersprechen, oder strebt sie nicht vielmehr der Konformismus an!

Wie würde die CDU/CSU beispielsweise reagieren, wenn die SPD den Spieß umdrehen würde? Würde sie es für berechtigt halten, etwa in "Report" den Proporz zu fordern, weil der Chef dieser Sendung eine klare politische Profilierung hat, die mit der der SPD nichts zu tun hat? Was sollte dann erst im Bayerischen Rundfunk geschehen? Wie würde sich das im Südwestfunk auswirken? Gewiß, die SPD ist nicht der Meinung, daß die Rundfunk- und Fernsehanstalten nur unpolitische Damen und Herren beschäftigen sollten, denn die politisch engagierten Persönlichkeiten haben in vielen Fällen mehr Fairness gezeigt, als manche der sogenannten Überparteilichen, die in Wirklichkeit unter den Parteien stehen. Es wäre jedoch verhängnisvoll, Rundfunk und Fernsehen zu einem Sammelplatz von Parteiinteressen zu machen.

Der große Unterschied

Ebenso entschieden wäre aber abzulehnen, die Meinungsäußerung zurückzudrängen, oder gar zu unterbinden. Auch Rundfunk und Fernsehen und die in ihnen tätigen Persönlichkeiten haben dort das Recht, ihre persönliche Meinung zu äußern. Auch in diesen Medien muß man zwischen Nachricht und Meinung unterscheiden, wobei die Sozialdemokratische Partei ein bitteres Lied singen könnte, wie sie bei Nachrichten benachteiligt wird.

Aber das ist der große Unterschied, der in diesen Tagen zum Ausdruck kommt: Die Sozialdemokratische Partei respektiert das Grundgesetz. Es gab Hunderte von Sendungen in Rundfunk und Fernsehen, in denen die Auffassung der SPD verzerrt zum Ausdruck gebracht worden ist, oder einfach durch das Verschweigen der sozialdemokratischen Auffassung auch Meinung gemacht worden ist. Die Fälle, in denen die SPD öffentlich protestiert hat, sind an einer Hand abzuzählen, es gibt keinen einzigen Fall, in dem die SPD auch nur versucht hätte, Nachtopposition gegen die Meinungsfreiheit auszunutzen.

Die CDU/CSU aber ist offenbar nur solange für die Meinungsfreiheit, wie sie davon profitieren kann.

Dabei zeigt sich im Grunde genommen in Rundfunk und Fernsehen zur Zeit nur das Spiegelbild dieser Partei und ihrer Regierung. Die CDU/CSU weiß doch selber, daß sie seit der Bundestagswahl von 1961 ein politischer Versager ist. Sollen die Rundfunk- und Fernsehanstalten dieses Bild verfälschen? Der Widerhall einer Politik in der gesamten Publizistik ist, selbst wenn es hier gewisse Einschränkungen gibt, im Schnitt aber immer so gut und so schlecht, wie diese Politik sich darbietet. Niemand hindert die CDU/CSU, in sich zu gehen und es besser zu machen. Sie sollte aber daran gehindert werden, ihr politisches Erscheinungsbild mit personellen Brachialmethoden aufzufrischen.

Am gleichen Tage, an dem in Hamburg im Verwaltungsrat des KDR diese Brachialpolitik praktiziert worden ist, hat der kulturpolitische Experte der CDU/CSU und Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Kulturpolitik und Publizistik, Dr. Martin, in einem Interview mit der "Rundschau am Sonntag" gesagt:

"Zum Gespräch bedarf es nicht einer politischen Konformität. Schriftsteller, die frei sind von der unmittelbaren Ausübung politischer Verantwortung, können uns immerhin Kriterien liefern, an denen wir Politiker unsere eigenen Ansichten prüfen sollten. Freilich müssen auch Literaten lernen, Kritik und eine offene Antwort auf ihre Anschauungen hinzunehmen. Die Auseinandersetzungen sollten aber mit der Feder geführt werden und nicht etwa unter der Drohung mit dem Bürgerlichen- oder mit dem Strafgesetzbuch."

So aber haben sich die CDU-Mitglieder des KDR-Verwaltungsrates nicht verhalten, Ihre Intoleranz ist deshalb nicht, selbst wenn das nach aussen hin so scheint, eine Frage, die im Meinungsstreit zwischen CDU und SPD steht. Hier ist die gesamte deutsche Öffentlichkeit und besonders der Berufsstand der Journalisten angesprochen, dem wir es immerhin verdanken, daß das Lenz'sche Promi nicht etabliert werden konnte.

Für die SPD aber ist gültig: selbst, wenn sie die Auffassung des Geraßregelten nicht billigt, die Freiheit, diese Auffassung zu sagen, zu verteidigen.

Grundsatzfragen und Rundfunkfragen

Der "Gesamtdeutsche Rat" fordert mehr Sachlichkeit

Von Dr. h.c. Wenzel Jaksch, MdB

Die Interessenten an einer Aufspaltung der deutschen Demokratie in nationalen Schicksalsfragen werden von der Stellungnahme des "Gesamtdeutschen Rates" zu dem unnötig aufgebauchten Streit um die Breslau-Sendung des Norddeutschen Rundfunks nicht entzückt sein. Diese Institution geht auf eine Anregung Herbert Wehners in dem Berlin-Gespräch zwischen führenden SPD-Politikern und der Landsmannschaft der Schlesier zurück. Sie hat sich seit Jahresfrist zu einem Gesprächsforum zwischen maßgebenden Männern der Bonner Bundestagsfraktionen und dem Präsidium des Bundes der Vertriebenen entwickelt.

Wenn sich nunmehr der "Gesamtdeutsche Rat" zum erstenmal mit einer wohlabgewogenen Stellungnahme an die deutsche Öffentlichkeit wendet, so darf er mehr Sachkenntnis hinsichtlich der Tätigkeit und der Zielsetzungen der deutschen Vertriebenenbewegung beanspruchen als jene Kreise, welche die Landsmannschaften und Landesverbände der vertriebenen Deutschen nur aus der Literatur des Ostblocks kennen. Es ist übrigens auch objektiven Beurteilern im Lager unserer westlichen Verbündeten nicht verborgen geblieben - davon habe ich mich erst kürzlich in den Vereinigten Staaten überzeugt - daß die konstruktive Mitarbeit und die außenpolitische Mäßigung der Heimatvertriebenen und ihrer Verbände einen wesentlichen Beitrag zur Stabilität der deutschen Demokratie darstellen. Ihr heimatpolitischer Rechtsstandpunkt, der übrigens von Kurt Schumacher erstmalig formuliert wurde, hat bisher den lauernden Mächten des Rechtsradikalismus den Zutritt zur Arena der deutschen Politik versperrt. Wer daher Lust hat darauf, das Recht des deutschen Volkes auf einen gerechten und dauerhaften Frieden durch die Herren Gomulka und Ulbricht interpretieren zu lassen, der möge sich Zeit nehmen überlegen, welche Kräfte an Stelle der vielangefeiendeten "Flüchtlingsfunktionäre" treten würden, wenn diese die geruhsame Fünftageweche der bisherigen Mehrarbeit vorzögen.

In dieser Sache geht es um schicksalhafte Grundsatzfragen der deutschen Politik. Alle staaterhaltenden Parteien der Bundesrepublik bekennen sich zum Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes. Bundestag und Bundesregierung haben diesen Standpunkt wiederholt bekräftigt. Wer diesen tragenden Grundsatz der deutschen Wiedervereinigungs- und Außenpolitik aufgeben will, der möge keine Scheingefechte gegen die heimattreuen Breslauer führen, sondern ehrlich sagen, ob für ihn das Selbstbestimmungsrecht an der Elbe-Werra-Linie aufhört, an der Berliner Schandmauer, oder an der Oder-Neisse-Linie. Mit Spiegelfechtereien ist da nichts getan. Hier geht es um die Frage, ob sich die deutsche Demokratie mit einer neuen Dolchstoßlegende belasten soll, statt alle staaterhaltenden Kräfte zusammenzufassen, um den infamen "Friedensvertragsentwurf" des Herrn Chruschtschow vom Tisch zu fegen.

Über die verschiedenen Möglichkeiten der Geltendmachung unseres Selbstbestimmungsrechts läßt sich frei und offen diskutieren. Darum enthält die Kundgebung des "Gesamtdeutschen Rats" ein Bekenntnis zur Meinungsfreiheit, auch in Rundfunk und Fernsehen. Meinungsfreiheit bedeutet aber auch Respektierung der Gegenmeinung und Verzicht auf die Stigmatisierung Andersdenkender. Für diese Klarstellung hätte es keiner Fragestunde im Bundestag bedurft, wenn die CDU/CSU-Fraktion nicht wieder einmal versucht hätte, am Feuer nationaler Schicksalsfragen ihr Parteistülpchen zu kochen. Dennoch dürfen auch die Schlesier zufrieden sein, daß in der Breslauer Fragebogengeschichte von einer überparteilichen Instanz ein klärendes Wort gesprochen wurde, welches hoffentlich von den Verantwortlichen des Norddeutschen Rundfunks nicht überhört werden wird.

+ + +

Fernöstliche Rivalitäten

Indonesien - von Moskau und Peking umworben

sp - Im Ringen um die Sympathien kommunistischer und neutralistischer Regierungen in Asien hat Peking gegenüber Moskau gewichtige Pluspunkte zu verzeichnen. Besonders sichtbar wurde die zwischen beiden kommunistischen Mächten bestehende Kluft auf der kürzlich in Bandung und Djakarta abgehaltenen ersten Konferenz afrikanisch-asiatischer Journalisten. Als Organisator und Einberufer zeichnete die indonesische Regierung. Schon der Beginn dieser Tagung enthielt einige Pikanterien. Die sowjetischen Vertreter waren nur als "Beobachter" zugelassen, sie durften auch nicht an allen Sitzungen teilnehmen, obwohl die Delegation der Russen um die Gleichstellung der Russen mit den übrigen Delegationen rang. Sie scheiterte am Widerstand der Chinesen, unterstützt von den Indonesiern. Der Chef der Sowjetdelegation nannte diesen Vorgang "undemokratisch" und unfassbar, und in der Tat geschah es auch zum ersten Male in der Geschichte des Weltkommunismus, daß sich die Sowjetrussen unter Gesinnungsfreunden mit einer minderen Rolle bescheiden mußten. Verlauf und Gangart dieser Konferenz bestimmten ausschließlich die kommunistischen Chinesen, die verabschiedeten Resolutionen trugen ihre Diktion, und sie genossen die Demütigung der Russen und ihres asiatischen Satelliten in vollen Zügen. Daß sich die indonesische Regierung als Mitspieler dazu hergab, ihre Sympathien für Peking offen bekundete und die Demütigung der Russen nicht verhinderte, gab dieser merkwürdigen Tagung noch eine besondere Note. Ihr war der Besuch des sowjetrussischen Verteidigungsministers vorausgegangen; offensichtlich ist es ihm nicht gelungen, die Position der Sowjetunion in Indonesien zu verbessern, obwohl Moskau diesem Inselreich große Hilfe an Waffen und Industriegütern angedeihen ließ. Der erhoffte Dank dafür blieb aus. Im Rivalitätskampf zwischen Moskau und Peking stellt sich Indonesien auf die Seite der Chinesen.

- + +